

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreitagsblatt: Tageblatt Riesa.
Seiten Nr. 30.

Postleitzettel: Leipzig 21200.
Girokonto Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 147.

Montag, 30. Juni 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, durch unseren Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierzigpfennig 1.80 Mark, monatlich 1.80 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Bildern wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grünschrift-Seite (7 Säulen) 40 Pf. Ortspreis 35 Pf.; zeiträuber und tabellarischer Text 50% Aufschluss. Nachrichten- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Fest-Tarife. Gewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag versiegt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Haftungs- und Erstattungsstelle: Riesa. Verschiedenartige Unterhaltungsbeiträge, Gräber an der Höhe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückerstattung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rechtsdruck und Verlag: Dr. Götzen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Verordnung über Meldepflicht bei Kälbertuberkulose

vom 15. Juni 1919.

1. Wied bei der Fleischbeschau eines Kalbes im Alter bis zu 8 Monaten Tuberkulose festgestellt, so hat der die Fleischbeschau vornehmende Tierarzt oder nicht tierärztliche Beobachter dies dem für den Wertbezirk des Kalbes zuständigen BezirksTierarzt durch lieferendung eines Besuchsbriefes als porträpflichtige Dienstblätter anzusehen.

2. Jedes Kalb, das außerhalb der Gemeinde seines Standortes geschlachtet werden soll, ist vor dem Hoftor von diesem Ort durch Obermarkte, Überprüfung, Tötungserlaubnis, Brand, Saarabend oder Karde so zu kennzeichnen, dass seine Herkunft sicher verfolgt werden kann. Ueber jede Veräußerung eines Kalbes ist ein Schlachtkchein auszustellen und auf ihm die Kennzeichnung des Kalbes zu vermerken. Ein Dovvelkchein des Schlachtkneins ist bei Weiterveräußerung des Kalbes als Dokument den folgenden Besigern mit zu übergeben und dem die Fleischbeschau an dem geschlachteten Kalbe ausführenden Tierarzt oder nichttierärztlichen Beobachter vorzuzeigen.

3. Der BezirksTierarzt hat den Bestand und insbesondere die Art, von der das tuberkulöse Kalb kommt, an untersuchen und je nach dem Ausfall dieser Untersuchung das Erforderliche zu veranlassen. Ist der Mindverbesserstand dem staatlichen Tuberkulose-Erkrankungsverfahren (Verordnung vom 17. Juni 1919 — S.G.B.L. S. 114 —) angelassen, so hat der BezirksTierarzt dem zuständigen veterinärmedizinischen Oberratte der Kreishauptmannschaft Anzeige zu machen.

4. Zuwerbhandlungen gegen Punkt 1 und 2 dieser Verordnung werden, sofern nach anderen gesetzlichen Bestimmungen keine höhere Strafe verweckt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

5. Diese Verordnung, die allen für die Schlachtkneid- und Fleischbeschau verpflichteten Tierärzten und allen nicht tierärztlichen Fleischbeschauern von den Anstellungsbüroden zur Kenntnahme und Nachwachtung zugewiesen ist, tritt am 1. Juli 1919 in Kraft.

Dresden, am 15. Juni 1919.

Ministerium.

498 V.V.

Der Milchrevisor des Kommunalverbandes Willy Frenzel aus Großenhain hat seinen unter 15. April 1919 ausgestellten Ausweis verloren. Derselbe wird deshalb hiermit für ungültig erklärt. Frenzel hat einen neuen unterm 28. Juni 1919 ausgestellten Ausweis erhalten.

Großenhain, am 28. Juni 1919.

236 o IV.

Der Kommunalverband.

Wittwoch, den 2. Juli 1919, vorm. 10 Uhr sollen im Versteigerungsraume des Amtsgerichts 1 Schreibbüro, 1 Servierbüro, 1 Räthaus, 1 Plüschoratorium, 4 Blüftschüle, 1 Paneelebrett, 2 Plüschoratorium und 1 Lepisch versteigert werden.

Ter Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Erhöhung des Gaspreises betreffend.

Infolge der weiteren Steigerung der Betriebskosten des Gases sieht sich der unterzeichnete Rat genötigt, unter Aufhebung der Belastungsbefreiung vom 30. April 1919 — Riesaer Tageblatt Nr. 98 vom 30. April 1919 — auf Grund von § 8 der Gasbezugsvorschrift für das städtische Gaswerk in Riesa vom 24. Mai 1912 und in Abänderung des in § 9 der Bedingungen für die Ablieferung von Gas durch Automaten vom 1. Januar 1911 festgelegten Preises folgendes zu bestimmen:

Vom 1. August 1919 ab wird der Bezugspreis für 1 cbm Gas (Einheitspreis) auf 55 Pf. erhöht.

Hertliches und Sachsisches.

Riesa den 30. Juni 1919.

* Versammlung aktiver Unteroffiziere. Die Ortsgruppe Riesa des Reichsverbandes deutscher aktiver Unteroffiziere hält am 27. Juni 1919 im Schäfchenhaus eine Mitgliederversammlung ab. Nach erfolgter Begrüßung durch denstellvertret. 1. Vorsitzenden, Kamerad Hölscher, berichten die Kameraden Alian und Eduard über die Versammlung der Vertreter des 19. A.-R. in Leipzig am 21. und 22. Juni 1919. Die Ausführungen handelten mehr verbandsdienstliche Angelegenheiten, wie Aufstellung eines Haushaltungskontos, Neuregelung der Monatsbeiträge usw., sodass jedem Besucher der Versammlung ein klares Bild von der Finanzlage des Verbandes gegeben wurde. Von mit Erfolg erledigten Anträgen und von bereits bestehenden bzw. noch zu erreichenden Vereinbarungen wurden ebenfalls Mitteilungen gemacht. Im übrigen war der Besuch der Versammlung höchstfreudig, des regnerischen Wetters wegen ein möglicher.

* Theater im Hotel Stern. Durch das Dir. Wolf'sche Ensemble gelangte am Sonnabend der dramatisierte Rücksroman "Ein Frühlingstraum" von Dr. Lehne zur Aufführung. Wie die meisten derartigen Arbeiten zeigt auch dieses Werk einige locker aneinandergefügte Szenen, und obwohl es der Verfasser kein Schauspiel nennt, ist der dramatische Wert gleich null. Bedauerlich ist, dass derartige Stücke die Hauer füllen und beim Publikum nicht ohne Wirkung sind. Die Aufführung ließ manchen Wunsch offen. Anerkennung verdiente Trude Lommajus als Mary Winters. Auf die Ausstattung war nicht die geringste Sorgfalt verwendet worden.

* Zur Bildung der sächsischen Regierung. Aus Dresden wird gemeldet: An die Meldung über den Eintritt der Demokraten in die sächsische Regierung knüpft ein Teil der sächsischen Presse Bemerkungen und nennt bereits Namen für neu zu besetzende Ministerposten. Wie wir später ausführten, sind diese Bemerkungen als übertrieben anzusehen. Der gleichzeitig erfolgende Angriff gegen den Kultusminister Buch würde ein Versuch sein, dem Mitglied der Nationalversammlung Dr. Seifert den Weg für den Kosten des Kultusministers zu schaffen. Inwiefern Minister Buch durch die von ihm der Volkskammer eingebrachten Gesetzesvorläufe „unvereinbar in Widerbruch mit den Beschlüssen der maßgebenden Landesversammlung des Reichs“ gestanden, ist unverständlich.

* Die Gültigkeit der Kirschenspreize in alten Württemberg ist bis zum 27. Juli einschließlich verlängert. Bis dahin werden auch den Verbrauchern die alten Wälder in neue umgetauscht. Die Bezeichnung der Umlaufszeit der unveröffentlichten Marken wird aufgehoben.

* Sicherstellung der Ernährung für Erntearbeiter. Zur Bekämpfung des Schleichenhandels und zur Kontrolle der Ablieferungspflicht und des Vertriebs mit Lebensmitteln sind nach den Richtlinien des Reichsernährungsministeriums Kontrollkommissionen ins Leben

gerufen worden. Ihre Mitglieder — Vertreter aus Verbraucherkreisen der Bedarfsbezirke, insbesondere Vertreter der werkstätigen Bevölkerung — sind Hilfsorgane der Polizeiverwaltung und werden über ihre Pflichten und Rechte durch Dienstanweisung belehrt. Das Reichsernährungsministerium hat durch Rundschreiben vom 7. Juni die Regierungen der deutschen Freistaaten erlaubt, Belehrungen der Kontrollkommissionen dahin zu veranlassen, dass den Landwirten an Betrieben, Kartoffeln usw. über dem Bedarf der augenblicklich beschäftigten Selbstverarbeiter hinaus genügende Mengen für den in der Erntezeit zu erwartenden Mehrbedarf belassen werden. Die Landwirte müssen die Möglichkeit behalten, ausreichend Ölfrüchte während der Erntezeit einzuführen. Die genügende Zahl von Arbeitskräften für die Erntearbeiten kann aber nur dann erhoben werden, wenn deren ausgiebige Ernährung mit Selbstversorgerrationen zweckmäßig sichergestellt ist.

* Aus der Volkskammer. Von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie ist der Volkskammer folgender Antrag zugegangen: Der über Sachsen verbangte Belagerungszustand und das Standrecht ist aufzuheben. Die in Sachsen genommenen Personen sind sofort aus der Schutzhaft zu entlassen. — Für politische Vergehen ist eine umfassende Amnestie zu erlassen.

* Polizei in Sachsen. Vom Ministerium für Militärwesen ist folgende Bekanntmachung erlassen worden: Für den Wirtschaftszustand gelten die allgemeinen polizeilichen Bestimmungen wie vor der Verhängung des Belagerungszustandes. Die Bestimmung, dass niemand in der Zeit von 12 Uhr 30 bis 4 Uhr morgens unbefugt auf Straßen und Plätzen aufzuhalten darf, wird aufgehoben.

* Die hohen Kirschenspreize. Zur Kirschenernte in Sachsen und den hohen Kirschenspreize erklären Landwirte desw. Befürchtungen in der Amtshauptmannschaft Meissen, dass es richtig ist, dass die Kirschenspreize bei einzelnen Anlagen recht hoch sind. Gegenwärtig werden durch Sachverständige der Amtshauptmannschaft Meissen Nachprüfungen veranstaltet, die aber nur in einzelnen Fällen ein Eingreifen gegen zu hohe Preise der Kirsche erfordern. Momentlich ist dies dort der Fall, wo Ostgroßhändler Kirschen auf ihre Kollegen durch hohe Preisbelohnungen dinausdrängen und sich eine Art von Monopolstellung zu schaffen suchen. So soll ein Händler allein für R. 100000 Kirschenspreize gepackt haben. Das führt zu unhalbaren Kästen. So sind Kirschenspreize in diesem Jahr zum größten Teil bereits schon im Februar und März den Behörden abgediktet worden, zu einer Zeit, wo der Ertrag noch garnicht abzusehen war. Auch die Behörder der Kirchenverwaltungen und die Landwirte erkennen an, dass damals bereits die Geböuden hätten eingreifen müssen. Nun sei es zu spät. Hätten sich die Verpächter damals nicht zur Abgabe der Augaben entschlossen, so lag die Schuld nahe, dass sie ihre altdiössischen Bäume verlieren würden, denen nicht allein an dem Ertrag der Bäume gelegen sei, sondern die sich auch um die Instandhaltung der Anlagen bemühen und

auf ihren alten Pachtungen sien bleibent. Einen Einfluss auf die Kirschenspreize hätten die Verpächter nur in sehr geringem Maße. Die eingetretene Nebelstände würden, wie auch schon in mehreren Weisennotizen erwähnt worden sei, durch frühzeitige Erziehung angemessener Kleinhandelspreise bekämpft werden sein.

* Keine Sonderzuweisungen von Lebensmittel an Meerane und Glashau. Vom Wirtschaftsministerium wird uns folgendes mitgeteilt: Die Nachricht, dass für Meerane und Glashau infolge der dortigen Unreinen außerordentliche Sonderzuweisungen von Lebensmitteln zugeteilt werden seien, ist unrichtig. Sonderzuweisungen an einzelne Orte oder Bezirke können grundsätzlich nicht abgegeben werden. Es liegt ein Mißverständnis vor, als die in Frage stehende Abordnung auf die Sonderzuweisungen an Nahrmittel hingewiesen wurde, die derzeit in ganz Sachsen über die plausibel vorgelebten ratierten Mengen hinaus an die Kommunalverbände zur Aussgabe gelangen.

* Oschatz. Das Missionsfest auf dem Collinberg, das gewöhnlich in der ersten Juliwöche stattfindet, soll in diesem Jahr erst im September abgehalten werden. Da gerade neuer 100 Jahre verlossen sind, seitdem das Werk der Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche unseres Sachsenlandes eine Heimstätte gefunden hat, so soll das Fest auf dem Collinberg als eine Jahrhundertfeier sächsischer evangelischer Missionsarbeit begangen werden. Schon jetzt werden die die Missionsschule hin und her im Oschatzer Kirchenteile auf diese Feste hingewiesen.

Weiden. Die Verdächtigten mehren sich, dass das Brandenamt im Südwert Otto u. Schlosser auf einen verdeckteren Anschlag zurückzuführen ist. Für die Ermittlung des Täters sind von den Eigentümern 1000 Pf. Belohnung ausgesetzt worden.

* Döbeln. Vorige Woche gelang es der Handelsmeister festzustellen, dass der hiesige Großhändler C. zwei starke Jugschen, jeder 20 Rentner schwer, für einen hohen Preis zum heimlichen Schlachten verkauft hat. Diese Tiere, sowie auch zwei starke Kühe, wurden nachts im Wiederkallen des Gutsherrn C. in Neubauern geschlachtet. Das Fleisch ist im Schleichenhandel nach Chemnitz und Döbeln verklaut worden. Der Gutsherr und der mitbeteiligte Beamte C. in Malmsdorf wurden verhaftet. In die Untersuchung sind noch mehr Personen verwickelt. — Die Stadtgemeinde Döbeln hat die Gerichtliche Siegelst. am Görlitzer Wege zum Preis von 120000 Pf. angekauft, um sie zu betreiben und einen Teil der Grundstücke zu Bau-

land zu verwerken.

* Leisnig. Von einer ungeheuren Wallhäuserplage ist die Gegend um Leisnig bei Leipzig heimgesucht worden. Die Schulkinder sammelten die Räuber und liefereten nicht weniger als 1285/4 Liter in der Schule ab; das sind ungefähr 280000 Stück, ohne die Wallhäuser gerechnet, die von den Kindern zu Hause versüttet wurden.

* Dresden. Durch Beschluss des sächsischen Gesundheitsministeriums vom 28. Juni 1919 ist zum Oberbefehlshaber für Sachsen, im Sinne des preußischen Gesetzes über

Kohlenabgabe im Monat Juli.

Die hiesigen Kohlenhändler sind angewiesen worden, im Monat Juli zunächst die Nachlieferung der bisher noch nicht belieferten Abschnitte der Kohlenarten auf die Monate Mai und Juni vorzunehmen. Erst nach Belieferung der Juni-Abschnitte ist die Belieferung der Kohlenarten auf Monat Juli gestattet.

Der Rat der Stadt Riesa, den 30. Juni 1919.

End.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

Ghm.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1919.

G

Am Sonntag, den 4. Juni 1911 im Stile des Kommandeur des Reichswehrkundes, Generalleutnant von Müller ernannt worden, unter Übergabeung der Nachbildung der Kommandeurswaffe.

Um 11 Uhr begannen Feierlichkeiten und bis jetzt 20 Minuten dauerte sie. Von den Geistlichen ist in den ersten Logen eine lange Messe gesungen.

Ende der Feier. Seit Freitag früh gehen in der Nacht und ununterbrochen Regenfälle wieder, wie sie seit über einem Jahr nicht beobachtet worden sind. In der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Sommeritz bei Gauern wurden in der Zeit von Freitag früh bis abends 27 Uhr 28 Meter auf den Quadratmeter gemessen. Die meteorologische Station in Waldorf teilte von Donnerstag mit dem Sonnabend vormittag 180 Millimeter feste, eine Menge, wie sie seit 15 Jahren, dem Betrieb der Station, noch nicht gemessen worden ist. An folgenden Tagen alle Flüsse Hochwasser. Die Saale ist unterhalb Weissenfels ausgetreten. Das Wasserkraftwerk ist an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten, besonders die Reitze, die im Süden die Weizen-Wiesen überschwemmt. Sie liegt in der Nacht zum Sonnabend von 0 bis 100 Meter auf 200 Meter. Auch bei Wörlitz ist die Reitze ausgetreten. Im Niedersächsischen sind wochenlangartige Regen niedergegangen. Die Hochwasser sind überall, zum Teil ausgetreten. Überall in Wäldern und Straßen sind durch den Strom Bäume zerstört worden und Bäume umgelegt worden. Die Gemüsefelder sind niedergeschlagen worden. Das Getreide auf den Feldern ist ebenfalls umgelegt worden. An wenigen Stellen und Höhen sind die Kartoffelfelder aufgegraben. In Neugersdorf hat das Wetter an den Kanalbauungsanlagen auf der Ottakringer Straße beträchtlichen Schaden angerichtet, indem dort die Wände des Kanals teilweise eingestürzt. Dabei ist die Temperatur erheblich zurückgegangen. Sonnabend früh kam das Thermometer an verschiedenen Orten in der Lautsch auf 5 Grad.

Um 10 u. 11. Nicht königlich gestaltete sich hier der leichte Wochenmarkt. Infolge der wunderlichen Preise für einzelne Lebensmittel rotierten sich eine große Anzahl der ehrbaren Marktbesucher zusammen, nahmen den Markthändlern ihre Waren einfach weg und verkauften sie zu niedrigen Preisen unter sich.

Von 12 u. 13. Der bieke Hausbesitzerverein hat in Anbetracht der steigenden Unfosten eine Mieterböhrung bis zu 40 u. 50 beschlossen und damit befreiflicher Weise einen Sturm der Entrückung unter den Mietern herausbeschworen. In Ausführern an die diese Woche wird an den Stadtmeldereiter appelleiert, sich der Herabziehung der geplanten außerordentlich hohen Steigerung anzunehmen.

14 u. 15. In dem Einbrecher, der am Donnerstag früh bei seiner Verfolgung den Bergarbeiter Grimm erschossen und den Schuhmann Groß verletzt hat, ist innerhalb der 24 Jahre alte im benachbarten Friedrichsgärtenwohnhaus Tischnermeister Walter Otto Beuer ermordet worden. Seine Festnahme ist noch nicht gelungen. Beuer hat offenbar noch eine Anzahl anderer schwerer Straftaten auf dem Kerbholz.

16 u. 17. Der im Wertheimerischen Grundstück lebende Dresdner Verein für Kennwort und Vorbericht, in dessen Rückzimmern fast täglich dem Glücksspiel (Battarat) gehuldigt wird, mußte sich auf Veranlassung des Garnisonkommandos eine Durchsuchung durch die Militärpolizei gefallen lassen. Vom Spielstall wurden etwa 2000 Mark beschlagnahmt.

18 u. 19. Die vom Bezirksleiterverein eingehende Vorlage über Neuregelung der Lebvergütung und die Belohnungsvorlage der städtischen Beamten war auf

Entscheidung des Magistrats beschlossen im Stadtrat wegen der unzureichenden wirtschaftlichen Verhältnisse und der durch die Kriegszeit entstandenen Mietsteigerung des Staats auf unbestimmt fortgesetzt worden. In den Interessenunterlagen steht darüber eine begehrliche Aussage: Was, daß die Bewohner nicht mehr in ihrer Wohnung leben können, da sie keine Miete mehr bezahlen wollen, nehmen die Mietverzögerten in ihrer gewohnten Wohnung keine Rücksicht, die eine wirtschaftliche Mietsteigerung vorziehen, einschaltung an, wodurch der Staat eine Nebenkostenpauschale von jährlich 50 000 Mark erzielt.

Die anhaltende Wohnungsknappheit wird demnächst hier zur Wohnungsknappheit führen. Es wurde eine Kommission gebildet, die herbeigehende Notstände auf ihre Verantwortung übernehmen soll. Ein Mitglied der Kommission wird dem Rat mit Erledigungswillen ausgestattet werden. — Auf dem zweiten Sitzungstage wurde ein Reisefonds und eine Hilfe beschlossen, die dem Rentner gutes amerikanisches Bett enthalten, das aus bestem Gebiet kam und im Schlafzimmers umgestellt werden sollte.

20 u. 21. In einer der letzten Nächte wurde in einem kleinen Hotel eine Soldatengesellschaft ausgeboden, die bei 17 und 18 Uhr Zeit und ihr Geld beschädigte. Es waren zumeist jüngere Deute, auch das „Jahrfeuer“ war dabei vertreten.

Berbandstag des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine.

Der Verband der sächsischen Hausbesitzervereine (G.) hielt Sonntag im Saale des Dresdner Konzerthauses (von der geplanten Benutzung von Wohnmöglichkeiten des Hauptbahnhofes möglicherweise wegen der übergrößen Teilnehmerzahl abgesehen werden) eine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der Vertreter der Behörden, der Stadt Dresden, der Volkskammer und des Zentralverbandes Deutscher Hausbesitzervereine erschienen waren. Nach der Eröffnungsansprache durch den 2. Vorsitzenden Reichsminister Kohlmann-Dresden, in der er u. a. betonte, daß auch in Zukunft sowohl die Hausbesitzer als auch die Mieter von der gleichen Not für die Wohnungsmangel wie gegenwärtig bedroht seien würden, erhielt Dr. Hesse, Dresden den Gesichtsbericht. Nach seinen Ausführungen war das Berichtsjahr 1918 für den Hausbesitzer ein Sturmjahr, da der Hausbesitzer ausgemutet wurde, nicht nur selbst durchzuhalten, sondern auch allen anderen Bevölkerungsschichten durchzuhalten zu helfen. Der Verband umfaßt gegenwärtig über 200 Vereine und annähernd 50 000 Mitglieder. Aus dem Kostenbericht ging hervor, daß die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1918 mit 14 156 betrugen und der jeweilige Vermögensbestand des Verbundes mit 7223 ausmachte.

Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten hielt Stadtverordneter Kürme-Leipzig einen Vortrag über „Der Hausbesitz und Mieterschaft“, aus dem folgendes hervorgehoben sei: Die Hausbesitzer müssten heute mit großer Kraft den Nutzen nach gleichem Maß für alle erlösen lassen, denn allen Standen der Industrie, des Handels und Gewerbes und der Landwirtschaft sei durch Festlegung von Höchstgrenzen entgegengesetzt worden. Nur die Hausbesitzer seien ungerecht behandelt worden und auch heute noch das Stiegen der neuen Vergütung. Man müsse alles aufstellen, um für die Mieterringsämler genügende Beiträge aufzustellen. Die Geschäftgeber warnte vor Neuerungen, das Wohl des Grundbesitzes aufzugeben zu bezeichnen. Die Verordnungen zum Schutz der Mieter, sowie die Errichtung der Mietungsaufsicht selbst, dürften nur

eine vorübergehende Übungseinrichtung sein müssen, die sofort bei Wiederaufbau geordneter Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt abgebaut werden müssen. Eine Frist von Verordnungen ist aus Beratung der sozialen Männer der Provinz einzuspielen und von der Regierung werde Verbrauch und Zubehör des Wohlstands der Haushalte verlangt. Am Schluß gab der Vortragende den Haushaltern allgemeine Anleitungen, wie sie ihre Angelegenheiten vor den Wiederaufbauzeitraum zu vertragen hätten.

Nachdem sich der Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Hausbesitzervereine, Generalstreiter Dieck-Berlin über die Wirkung der neuen verbindlichen Mietvertragsverordnungen vom 22. Juni ausgesprochen hatte, sprach Dr. Voertel-Velthius über „Steuertliche Vorausberechnung des Haushaltshauses“, deren Ausführungen in folgenden Beiträgen dargestellt: „Die Vorausberechnung einer bestimmten Gruppe des Eininkommens steht in unauflösbarem Widerspruch mit dem allein gerechten Grundsatz, daß unter sonst gleichen Verhältnissen Einommen von gleicher Höhe mit dem gleichen Steueropfer zu beladen sind. Die Vorausberechnung des Grund- und Haushaltshauses muß deshalb bestreitigt werden. Die Grund- und Gebäudesteuer ist entweder ganz zu entlasten, oder ihres Charakters als Vorausberechnung des Grundbesitzes zu entziehen. Zur Verhinderung übermäßigster Belastung des Grundbesitzes ist die geplante Ertragssabgabe vom Vermögenswuchs nach dem Auftreten des Vermögens abzustufen, das die eigentlichen Kriegsgegenstände einschließt und behoben werden müssen.“

Hierauf beantragte die Versammlung den Vortrag, nach einem Vortrag des Betriebsamtsleiters Grafe-Lipps über „Wirtschaftlichkeit der Grundstücksaufzehrung“ bei der „Eininkommenssteuer“, durch Eingaben bei der Volkskammer und der Regierung daran zu wirken, daß bei der Abwicklung der Eininkommenssteuer auch die steuerlichen Abgaben für Gemeinde- oder Kreisverwaltung, etwaige Sicherungen der Haushaltseinheiten und eine Abzugssumme des Gebäudewerts flüssig in Abrechnung gebracht werden würden.

Nachdem die Versammlung ein Referat des Stadtverordneten Christ-Stadeberg über „Erstattung des verlorenen Haushaltshauses aufwand des“ entgegengenommen und einem diesbezüglichen Antrage zugestimmt hatte, beantragte Leiter Pöde-Leipzig für den Hausbesitzerverein Leipzig nach eingehender Begründung, der Verband möge dahin wirken, daß eine aus berufsstädtischen Bürgern bestehende Unternehmer, Arbeiter und Angestellten in Handel, Handwerk, Industrie und Handelswirtschaft, der freien Berufe und des Haush- und Grundbesitzes zusammengeführte Betriebswirtschaftsversammlung gebildet wird, die neben der Volkskammer tagt und bei allen das Wirtschaftsleben prüfenden Gesetzgebungsinstanz gehört werden müsse. Die Versammlung gab eine einstimmige Zustimmung zu diesem und einem weiteren Antrage des gleichen Redners, in dem vom Landesverbund eine wirkliche Beteiligung an den künftigen Wahlen zur Volkskammer gefordert wird.

Nach der Erledigung einiger weniger bedeutenden Angelegenheiten und nach der Festlegung des Ortes für den nächsten Verbandsitag wurde die Tagung geschlossen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Scheldemann in Basel. Wie sehr erst bekannt wird, wäre der frühere Ministerpräsident Scheldemann bei seiner

gibt es hier noch einige unabhängige Staaten und Stämme. Wie das ganze Gebiet politisch und ethnographisch eine Übergangszone darstellt, so leitet es auch hinsichtlich der Bodenform über von dem mäßig gebirgig geprägten in einen trockenen China zu den hochgebirgigen Tibet. Der Gebirgsstreifen von 8-900 Meter Höhe, die von der Expedition mit dem Namen Ssanggebergie belegt worden sind, durchzieht das Gebiet des 18 Fürstentümern von Nordost nach Südwest. Was nun die wissenschaftlichen Arbeiten der einzelnen Mitglieder und die Ergebnisse verleben anlangt, so begegnen sich die geodätischen und kartographischen Arbeiten vor allen Dingen auf die Darstellung des Landes in orografischer und klimatischer Hinsicht. Die Expedition hat insofern einen großen Erfolg gegenüber anderen Expeditionen zu verzeichnen, als hierbei gerade diese Arbeiten in den Händen des Vermessungsgelehrten gelegen haben und nicht mit nebenerhand behandelt worden sind. Der Weg der Expedition ist genau aufgenommen worden, und es ist hier eine große Anzahl von geographischen Ortsbestimmungen gemacht worden. Besonderer Wert wurde auf die Höhenmessungen und auf meteorologische Beobachtungen gelegt. Die Expedition hat insgesamt 2300 Kilometer zu Fuß (etwa gleich der Länge von Elbe und Weißel zusammengenommen), 2850 Kilometer zu Pferde (etwa gleich der Länge der Donau von der Quelle bis zur Mündung) und 1750 Kilometer auf Pferden (etwa gleich einer Entfernung von Wien bis zur Donaumündung) zurückgelegt. Das sind zusammen 6900 Kilometer. Dabei sind Wege, die doppelt oder mehrfach zurückgelegt wurden, nicht eingerechnet. 1920 Kilometer von der gefahrenen Expeditionstrasse sind exakt aufgenommen worden.

Bei den ethnographischen Arbeiten kam es besonders darauf an, ein möglichst umfassendes Beobachtungsmaterial zu sammeln, das erst später bearbeitet werden kann. Da es bei dem oft schweren, abwechselnden und verschlossenen Charakter der eingeborenen Stämme zu erwarten war, daß die direkte Erkundung wissenschaftlicher Bedeutung auf Schwierigkeiten stoßen würde, wurde für den Verlehr mit vielen ein für diese Zwecke geeigneter chinesischer Verständnis, der an der Hand eines Tragbuchs unauffällig die gewünschten Auskünfte einzuholen wußte. Sie begegnen sich zumeist auf Namen und Schreibweisen des betreffenden Ortes, Anzahl der dort lebenden chinesischen und tibetischen Familien, auf das Verhältnis der Dörfer, Sterblichkeit und Geburtenzahl. Angaben über die Religion, über die politische Stellung der jeweiligen Gegend, Umfang der Hand- und Viehwirtschaft oder eines evtl. vorhandenen Handels. Einen großen Teil der Zeit nahm der Erwerb einer ethnographischen Sammlung in Anspruch. Diese Sammlung enthielt Haushaltungsgegenstände, Amulette, Täschchen, Schmuckstücke, Wässer, Schmierer, Lampen, Sabelklinke, Pfeilspitzen, Angelbeutel, Bogen, Pfeilbündel, Röder, Schleuder, tibetische Gegenstände, wie Tempelgeräte, Bilder, Kleiderkleider und Heiligenbilder, ferner Laienkleider, Sattelzunge, Schilder und ähnliches. Mit der Sammlung wird ein allgemeiner Überblick über den äußerlichen Besitz der verschiedenen Völkerstaaten in den 18 Fürstentümern gegeben.

Bei den zoologischen Arbeiten wurde der Hauptwert darauf gelegt, nicht nur zu sammeln, sondern soviel als möglich über die Tierwelt in Erfahrung zu bringen, über ihre Verbreitung, Viehhaltung zur Tiergeographie, über Säugetiere, Vogelwelt usw. Durch die Arbeiten der beiden Zoologen der Expedition sind die Grenzen der verschiedensten Raumgebiets ziemlich genau festgelegt worden und es wurde festgestellt, daß es noch ein ureigenes Sondergebiet von geographischer Ausbildung zwischen all die übrigen einschließt, das Gebiet der Ssanggebergie, mit vielen eigenen Tier- und Pflanzensorten, darunter außer seltsame Tiere, wie ein schwarzwälder Bär, der nur Bandus tritt, und eine eindeutige Ostasiatische Art Antilopenartige waren. Diese Ostasiatische wurde für diese Art sehr seltsam. Außerdem

beginnt fast alle wichtigen Handelsstraßen des östlichen Gebietes, auf denen der Gütertransport zwischen China und dem eigenen Land abweicht. Das Gebiet zwischen China und dem eigenen Land ist ein großes Zwischenhandelsgebiet, das zwar selbst produktiv und abhängig ist, seiner wirtschaftlichen Lage nach aber eine Art wirtschaftlichen Pufferstaates bildet zwischen China und Tibet. Um ein Bild von dem Warenverkehr zu erhalten, wurde auf Grund täglicher Beobachtungen von den durch Kaufleute oder Kultivatoren beförderten Gütern eine Menge Material gesammelt, das noch der Sichtung bedarf. In den wichtigsten Handelsplätzen wurden durch Erkundigung bei den zuständigen Behörden und durch Umfragen bei den Handelsvertretern die Werte des annähernden Handelssumanges geschätzt, jedoch gewisse Schwächen auf die jährliche Aufnahmefähigkeit und Produktionskapazität des östlichen Marktes möglich sein werden. Besonderser Wert wurde auf Beobachtungen gelegt, insoweit westländische Ereignisse ihren Gang gefunden haben und ob sich später für den deutschen Handel aussichtsreich eröffnen. Tibet führt fast nur Rohprodukte, vornehmlich Holzkrauter und Wolle, nach China aus. Von französischen Teilen sind bereits Versuche gemacht worden, einen Teil des Handels in die Hände zu bekommen. Sein volkswirtschaftlich von Interesse war das Studium der verschiedenen Wirtschaftsformen. Das Zusammenleben mit Nomaden, der Aufenthalt unter schwäbischen Stämmen, der Berlehr mit chinesischen Kaufleuten und Ansiedlern, die belebten Märkte auf den Warenanstaltsplätzen geben eine unendliche Menge Stoff an Beobachtungen, die anzurechnen genommen ein fast lückenloses Bild des wirtschaftlichen Lebens geben. Ein Factor, der bei der Darstellung der Wirtschaftsverhältnisse Bedeutung verdient, ist die durch die komplizierten politischen Verhältnisse bedingte Instabilität der Handelsentwicklung. Ruhe und Ordnung sind die Grundlagen, auf denen sich ein gesunder Handel entwickeln kann. In Ruhe und Ordnung mangelt es aber häufig in Tibet. Weniger die eingeborenen Stämme sind es, die Schwierigkeiten machen, als die chinesischen Besatzungsstruppen, die von einem Hang zum Westen nicht freizusprechen sind. Das chinesische Kapital ist unter diesen Umständen zurückhaltend, und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wird dadurch gehemmt. Soviel hat indes die Expedition feststellen können: Tibet mit seinen Wäldern, mit seinen unerschlossenen Gebieten, selten weit ausgedehnt, für die Viehzucht wie geschossenen Almen und seinen landwirtschaftlichen Bevölkerung barrenden Tälern ist ein zukunftsreiches Kolonialgebiet für China.

Die Erforschung des Gebietes der 18 Fürstentümern war eben zum Abschluß gelangt, als die Expedition am 27. August 1914 aus einer chinesischen Zeitung den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges erfuhr. Da sich die Expeditionsteilnehmer fast alle im Dienstältesten Alter befanden, fühlte jeder die Notwendigkeit, vor der Ausführung weiterer Pläne mit dem höchsten deutschen Konsulat, also Thontatsu, in Verbindung zu treten. Hier wurde die Expedition aufgehoben; nur die beiden Zoologen arbeiteten noch ein volles Jahr weiter.

Die Expedition ist als ein Privatunternehmen ihres Leiters Stöcker zu bezeichnen. Er hat sie, mit Ausnahme einer Unterstützung des Königs von Sachsen, auf eigene Kosten ausgeführt. Die jährliche Regierung hat zwar einen namhaften Betrag für die Expedition bewilligt. Anfolge des Kriegsausbruches ist dieser Betrag indessen nicht ausgezahlt worden. Die Expedition ist in vieler Hinsicht von geradezu labellhafter Bildung begünstigt gewesen. Denn kurz vorher und kurz nachher war das ganze Gebiet unter der Führung des Kaiserstaates für Europäer unzugänglich. Ein ausführlicher Bericht über die Expedition wird benötigt in Petersmann's Geographischen Mitteilungen veröffentlicht werden. Die gesammelten Sammlungen der Expedition liegen zurzeit noch in Berlin, man darf sagen, in Sicherheit, und werden hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit nach Dresden übergeführt werden können.

Die Stöckner-Szelischwan-Expedition.

(Originalbericht unseres Vertreters.)

PEG. Wie so manchem anderen Unternehmen deutscher Forschergruppen hat der Stieg auch einer wissenschaftlichen Reise sächsischer Forstler ein vorzügliches Ziel gezeigt und ihre Teilnehmer in alle Winde zerstreut, bis sie sich vor wenigen Wochen wieder vollständig in Dresden zusammenfanden.

Im Jahre 1913 vereinigten sich fünf Dresdner Herren zu einer Expedition nach Centralasien, deren Dauer auf drei Jahre vorgesehen war. Der Zweck der Expedition war die allgemeine Erforschung des Grenzgebietes zwischen China und Tibet, insbesondere des westlichen Teiles der chinesischen Provinz Ssanggebergie. Naturwissenschaftliche Arbeiten, die Grenzen der verschiedensten Faunagebiete, die dort zusammenstoßen, aufzufinden und biologische Studien über die Entstehung, Entwicklung und Höhenverbreitung der Tierwelt gemacht werden. Ethnographisch sollte festgestellt werden, von wem die Gebiete bewohnt sind, welcher Kultur die Völker angehören, wenn sie politisch unterscheiden, und, soweit es möglich war, sollten auch Sprachstudien getrieben werden. Leiter der Expedition war Walther Stöckner, der die ethnographischen Arbeiten übernommen hatte. Die übrigen Teilnehmer der Expedition waren der von seinen Freunden Reisen in Tibet berühmten Entomologe Emil Funke, der Zoologe und speziell Ornithologe Dr. phil. Hugo Weigold, der früher als Wissenschaftler an der Biologischen Anstalt auf Delgoland tätig gewesen war, der Stabsteuer beim Statistischen Amt in Shanghai, Fritz Seider, welcher teils als Dolmetscher, teils als Berichterstatter, teils zum Zwecke volkswirtschaftlicher Studien sich angestellt hatte, und Dr. Ing. Otto Israel, früher Assistent am Deutschen Institut der Technischen Hochschule zu Dresden, dem die geographischen und kartographischen Arbeiten oblagen. Die Ausreise erfolgte über Genua und Genua und wurde von Shanghai aus am 5. Januar 1914 bis Hankow auf einem Passagierschiff des Norddeutschen Lloyd fortgesetzt. Von hier aus ging es mit einer chinesischen Dampfschiff weiter Stromauf bis Tschengtu. Dort wurde die Trägerkarawane zusammengefügt und die Reise nach Westen fortgesetzt.

Die Hauptexpedition brach am 13. April 1914 von Tschengtu nach dem 60 Kilometer nordwestlich gelegenen Monchien auf. Diese Stadt, die an dem Kunlun liegt, wo der Windo die in schwerer Rinne endenden Gebirge verläßt und in die ungewöhnlich trichterförmige Ebene von Tschengtu eintritt, ist auf dem Wege nach Westen die leichte rein chinesische Stadt. Der Windo bildet in ethnographischen und auch in politischer Hinsicht eine Grenze. Es beginnt das chinesisch-tibetische Grenzgebiet, das ungewöhnlich in das eigentliche Tibet übertritt. Die Bewohner dieser Teile des Landes, welche tibetisch sprechen und zweifellos nicht chinesischen Ursprungs sind, werden von den Chinesen mit dem Namen Ssanggebergie bezeichnet und zerfallen in eine ganze Anzahl von Stämmen, die unter sich wieder in Bezug auf Sprachdialekt und politische Selbständigkeit verschiedenheit aufweisen. Dieses ganze Gebiet, dessen Erforschung einen Teil des Expeditionsprogramms bildete, wird mit dem Namen der 18 Fürstentümern bezeichnet. Diese 18 Fürstentümer sind teils chinesische Kolonialstaaten, in denen sich die Chinesen nach Unterwerfung der eingeborenen Völker festgesetzt haben, teils chinesische Staaten, in denen früher chinesische Offiziere zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter den eingeborenen Kolonisten waren. Diese Fürstentümer wurden für diese Art sehr seltsam. Außerdem

Beilage zum „Niederaer Tageblatt“

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterfeld, Niedera.

Gedruckt durch Spiegeldruck 20. Herausgegeben von Redaktion: Arthur Höbel, Niedera; Nr. 147. Montag, 30. Juni 1919, abends. 72. Jähr.

Nr. 147.

Die Unterzeichnung.

(Vorab 28. Juni. (Cont.) Die Unterzeichnung des Friedensvertrages begann am 2 Uhr 12 Minuten nachmittags. Die deutschen Delegierten haben als erste unterzeichnet.

(Vorab 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegelsaal zu Berlin's begann heute nachmittag 2 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierte der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu den für sie bestimmten Plätzen geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau erhob sich und erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, erükte er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument unterzeichnet. Er gab hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, dass die Bedingungen in logaler Weise eingehalten werden müssten. Um 2 Uhr 12 Minuten unterschrieben die Minister Hermann Müller und Dr. Bell als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau gab die Erklärung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er erfuhr die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte, zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten. Die Vertäuschung werde die deutsche Delegation in das Hotel des Reservoir zurückgeleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal und begaben sich auf denselben Wege, auf dem sie gekommen, sofort in das Hotel des Reservoir zurück.

Nach der Unterzeichnung.

Am 28. Juni, am gleichen Tage, da 1914 das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar in Serajevo unter Mörderhand dahinsank, ist fünf Jahre später in Versailles der Frieden, oder doch der vorläufige Abschluss des durchbohrenen Weltkrieges aufzuhören getreten. Die beiden Reichsminister, Hermann Müller und Dr. Bell, haben gewusst, genugmässen den Schandvertrag unterzeichnet, der nicht das Ende aller Dinge sein kann. Die deutschen Bevollmächtigten in Versailles haben erfreulicherweise darauf verzichtet, dem deutschen Volke den Schluß der entsetzlichen Tragödie eingehend zu schildern. Die Tatsache, dass Deutschland gezwungen wurde, noch ausdrücklich durch seine Unterschrift das verhängte Todesurteil zu bestätigen, wird sich aber auch ohnedies für alle Reiten in das Gedächtnis der gegenwärtigen Generation und ihrer Nachfahren einprägen.

Sa Blagen ist heute ebensoviel mehr die Zeit, wie zu gegenwärtigen Anschuldigungen. Als am 28. Juni die eigentliche Entscheidung in der Nationalversammlung zu Weimar fiel, haben alle Parteiführer ohne Untersicht ihre Nieder damit begonnen oder geschlossen, dass sie versichern, niemand möge dem andern in dieser schicksals schweren Stunde Vorwürfe, wenn er anderer Meinung sei, denn es handle sich nicht mehr um Parteiabschisse, sondern um vaterländische Entscheidungen von unendlicher Tragweite. Lieber dem Dokument des unterzeichneten Schandvertrages müssen sich erst recht alle deutschen, welcher Partei sie immer angehören, die Hände reichen zu dem Versprechen, Parteibader und Parteiaufzug zu degradieren, um endlich wieder einmütig und tapfrig den Neuausbau zu beginnen.

Der 28. Juni bedeutet das Ende einer nunmehr hinter uns liegenden, vergangenen Zeit. Mit dem 28. Juni beginnt eine neue Periode. Sie wird so voll von Demütigung, Entbehrungen, Belastungen und schwersten Opfern sein, wie keine frühere in der Geschichte des deutschen Volkes. Darin stimmen alle Bevölkerungen überein, sowohl die, welche für Unterzeichnung gewesen sind, wie die andern, die dagegen waren. Diese nächste Zukunft kann nur überwunden werden durch einmütiges Zusammenstreben und durch eifriges Arbeiten. Das ist auf allen Gebieten notwendig, nicht nur auf dem wirtschaftlichen, dessen Fortführung besonders deutlich vor aller Augen steht. In der Politik muss von nun an nach weitreichenden Weltkrisenpunkten und nicht mehr bloß für den nächsten Tag gearbeitet werden. Die deutsche Nationalversammlung, die jetzt zum letzten Mal in Weimar versammelt ist, will die neue Herrschaft unter Dag und Fack bringen, an der der Verfassungsbauhut vier Monate aufs feinste gearbeitet hat. Wenn es wirklich gelingen sollte, dieses Werk in vierzehn Tagen, wie befürchtigt ist, zu verabschieden, so wäre das bei den noch zahlreich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über allerlei wichtige Bestimmungen zweifellos ein erfreuliches Zeichen stütziger fruchtbare Zusammenarbeit der Parteien. Noch grösser würde dieser Eindruck werden, wenn auch die zahlreichen Staatsgesetze, die noch in erster Leitung in Weimar bearbeitet werden sollen, im Geiste vaterländischer Gesinnung unter Zurückstellung feindlicher parteipolitischer Erwägungen, erledigt werden könnten.

Ganz besonders und vor allem andern muss sich aber im deutschen Wirtschaftsleben von nun ab ein neuer Geist bemerkbar machen. Wenn auch die Zeit der Entbehrungen und persönlichen Opfer noch nicht schnell beendet sein wird, so dürfen doch die Sorgen für Nahrung und Kleidung bald geringer werden. Wenn dann auch noch infolge der ausländischen Konkurrenz die Warenpreise allgemein niedriger und damit der Lebensunterhalt billiger werden, so fällt der wichtigste Grund für die ununterbrochenen Wirtschaftskämpfe weg, die heute ein geregeltes Leben leider nicht aufkommen lassen. Es muss jede Art der Ausflösung und des Verhandelns erschöpft werden, um diese Notwendigkeit den arbeitenden Volksmassen überzeugend beizubringen. Geht Ingat das, so darf man hoffen, dass die Zukunft Deutschlands, so schwärz und schwer sie nach der Unterzeichnung dieses Vertrages ausseht, doch mit der Zeit erträglich wird und für unsere Kinder wieder Zukunft heranführen, unter denen sie noch einmal Platz auf ihr Deutschland sein können.

Professe in Versailles.

Bei der Unterzeichnung des Gewaltfriedens in Versailles ging es nicht ohne Zwischenfälle ab. Davon und Künster gaben verdächtlich davon Kunde, aber sie unterlassen es, sich über die eigentlichen Ursachen des Protests zu äußern. Da ist vor allem General Smuts, der gegen die Bestrafung des Kaisers und andere wichtige Punkte Einspruch erhoben hat. Das Gewissen des Burenführers zeigt sich spät. Sie haben den Engländern die blühenden deutschen Kolonien erobert helfen. Nun sehen sie sich in Afrika allein den Briten gegenüber, nicht nur diesen, sondern auch den Einheimischen, unter denen das Unabhängigkeitsgefühl immer stärker zunimmt. Das Schicksal der Buren in Südafrika ist nicht 1902 im Frieden von Pretoria vollendet worden, sondern erst in diesem Kriege, in dem die Burenführer wie Botha und Smuts Brot an dem Deutschland abnahmen, das ihnen offenkundig Mat und Lat bot. Auch die chinesischen Vertreter haben die Unterzeichnung abgelehnt. Offenbar hängt das mit der Sieger-

lung der Schantungfrage zusammen. Die Japaner haben ihren Willen durchgesetzt und die Schantungshäfen mit Sämtlich erhalten. China hat sich vergeblich zur Wehr gesetzt. Dieser Friede, der nach Wilsons seierlicher Sicherung kein Hin- und Herschieben von Grenzen lennen soll, hat diese Schieberei tatsächlich überall belastet. Allerdings hat China eindeutig keine Nachtmittel, den Protest wirksam zu gestalten. Immerhin zeigt er, dass die politisch-politischen Gegenstände in Versailles nicht ausgeglichen werden sind. Sie lassen tiefer als je zuvor.

Wie Clemenceau bei seiner Rede über die deutsche Republik sprach, wurde vom Tisch der Deutschen gerufen „Reich“. Clemenceau verbesserte sich darauf und sprach vom Deutschen Reich.

Wilson an das amerikanische Volk.

In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gehandete Botschaft dringt Präsident Wilson auf Annahme des Friedens- und Bündnisvertrages ohne Abänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das glückliche Abkommen einer neuen Ordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Genugtuung und allgemeine Ruhe und Sicherheit bilde.

Die Pariser Abendblätter vom Freitag berichteten die Erwiderung Wilsons auf den Trunkrechtkonkordat bei dem Festmahl am Donnerstag im Elise. Wilson drückte zunächst sein Bedauern darüber aus, dass er Frankreich verlassen müsse. Die Friedensausarbeitung haben wir beendet. Aber wir haben einen Plan der Zusammenarbeit erst begonnen, der, wie ich glaube, sich in den kommenden Jahren ausbreiten und festigen wird. Das Nebel des Krieges war sehr gross. Aber er hat der Welt die grossen moralischen Notwendigkeiten gezeigt, die zwischen den Menschen notwendige Einigung zu vervollständigen, damit ein solches Nebel nie wiederkehre. Wichtig ist eben, dass allen Nationen, die den Frieden hören könnten, eine Warnung erzielt wurde, dass sie ihrerseits begeistert und der Verachtung ausgetilzt würden, wenn sie versuchen sollten, eine entziehende Handlung zu begehen. Zum Schlusse dankt Wilson auf die Wohlfahrt Frankreichs, ein immer engeres Zusammenwirken der Völker.

Das sozialistische Blatt „Humanitas“ schreibt u. a.: Als Wilson in Frankreich landete, glaubte das Volk, dass er seinen großen Gedanken, seinen Wissenswerten und seinen 14 Punkten treu bleibe werde. Die Erwartung ist vollständig. Nach einigen Wochen von Anstrengungen und Kämpfen, in welchen er nur von der östlichen sozialistischen Meinung unterstützt war, liegt Wilson ohnmächtig den Imperialismus gewähren. Von dem edlen Programm, welches er der Welt vorgeschlagen hatte, wurde nichts verwirklicht. Ost erinnerten wir an die tieferen Gründe, welche das Vertragen des Wilsonismus erklären. Aber in dem Augenblick, wo Wilson Frankreich verlassen wird, sind wir verunsichert, zu sagen, dass er trotz aller unserer Sache gedient hat. Auch morgen, wenn wir vor dem Lande den unumstößlichen internationalen Vertrag, welcher heute unterzeichnet werden soll, verurteilen werden, werden wir große Kraft aus den Wilsonischen Behauptungen schöpfen. Seine Rücksicht, welche auch dabei dass des ganzen zuweilen aufrichtigen, aber immer ohnmächtigen bürgerlichen Idealismus ist, zeigt allen Völkern und Menschen, dass nur der Sozialismus Ordnung und Brüderlichkeit aufzurichten vermag.

Beim Streit der Berliner Straßenbahner.

Der Eisenbahnerstreit in Berlin obzuhalten scheint, beschlossen nach einer Blättermeldung die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn am 1. Juli in den Streit einzutreten.

Der Streiterklaß bereits aufgehoben.

In einer amtlichen Meldung aus Berlin heißt es, dass der Streiterklaß des Reichswehrministers am Sonntagabend aufgehoben worden ist. Die Auflösung ist sofort allen Berliner Eisenbahndienststellen bekanntgegeben worden.

Die Streits und Unruhen.

Rücke über den Streiterklaß.

Sonnabend nochmals land im Reichswehrministerium eine Besprechung zwischen dem Reichswehrminister Röcke und Vertretern des deutschen Eisenbahnerverbandes, des allgemeinen Eisenbahnerverbandes und des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnerbeamter statt. Der Reichswehrminister betonte, dass sein Streiterklaß sich nicht gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner richtet. Als alter Gewerkschaftler liege es ihm völlig fern, die gewerkschaftlichen Rechte der Eisenbahner anzusteuern. Sein Erklaß richtete sich lediglich gegen die wilde Streiks, die unter Umgebung und gegen den Willen der Organisationen in frivoler Weise das Schild einer Millionenbevölkerung aufs Spiel schen. Dagegen müsste sich jede Regierung im Interesse des Volksganges rütteln. Der Reichswehrminister gab aber die dündige Auflösung, dass wenn bis Montag früh der Streit beendet oder eine beträchtliche Annahme der Arbeit eingetreten sei, er den Streiterklaß am Montag mittag aufheben werde.

Der Streiterklaß bereits aufgehoben.

In einer amtlichen Meldung aus Berlin heißt es, dass der Streiterklaß des Reichswehrministers am Sonntagabend aufgehoben worden ist. Die Auflösung ist sofort allen Berliner Eisenbahndienststellen bekanntgegeben worden.

Streik der Berliner Straßenbahner.

Während der Eisenbahnerstreit in Berlin obzuhalten scheint, beschlossen nach einer Blättermeldung die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn am 1. Juli in den Streit einzutreten.

Der Streik der Postausbildungskräfte beendet.

Die Oberpostdirektion Breslau teilt mit: Der Streik der Ausbildungskräfte beim Postamt, beim Postzeitungamt und bei den Fernsprechämtern in Berlin ist beendet. Die Ausbildungskräfte haben den Dienst wieder aufgenommen, ohne dass ihre Forderungen bewilligt worden sind.

Verschärfung der Unruhen in Breslau.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Sonnabend nachmittag zog sich in der Gartenstraße eine grössere Menschenmenge zusammen. Diese griff trotz Achtender Warnungen die Polkette so stark an, dass sich der aufsichtsführende Feldwebel gewangen sah, die Menge, in der sich viele Deutsche in Matrosen- und Armeekuniformen befanden, zum Aufstand zu erheben aufzufordern. Die Auflösung wurde mit Pfeilen und Beschimpfungen beantwortet. Nach der siebenen Stunden und achteneinhalb Auflösung und mehreren Warnungsschüssen wurde Befehl zum Feuern gegeben. Zehn z. T. schwer Verwundete blieben auf dem Platz. Später reiste an einer anderen Stelle ein Matrose die Menge gegen die bewaffnete Macht auf. Die Menge stürzte sich schnell auf, dass mit einem Durchbrechen der Polkette gerechnet werden musste. Auch hier wurde geschossen, wobei ein Junge verwundet wurde. Uebliche Zwischenfälle wiederholten sich. Am Ende des Abends wurde es dann ruhiger, sodass die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

Zur Lage in Hamburg.

Am Sonntag führte eine neungliedrige Hamburger Deputation, bestehend aus sechs Vertretern der zwölfte-Kommision der Betriebsräte der organisierten Arbeiterschaft Hamburgs und je einem Vertreter der drei sozialistischen Parteien nach Friedrichsruh in das Hauptquartier des Generals von Lettow-Vorbeck. Die Kommision erfuhr den General, von dem Hinweis nach Groß-Hamburg abzusehen unter dem Hinweis darauf, dass Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden und dass die Entwaffnung fortsetze. General von Lettow-Vorbeck betonte demgegenüber, dass die Belebung Hamburgs von höherer Stelle befobt sei und er folgen müsse, weil keine Garantie für die vollständige Entwaffnung gegeben wäre und weil die Volkswehr reorganisiert werden müsste. Somit ist also mit dem Hinweis der Regierungstruppen mit Sicherheit zu rechnen. In Hamburg sieht es im übrigen noch immer sehr bedenklich aus. Gekommen sind vier Schwerverletzte aus dem Untersuchungsgefängnis entwischen, nachdem sie die Wärter überwältigt hatten. Ein Teil der Einwohnerwehr in dem Vorort Eppendorf ist gestern von Teilen der Volkswehr und der organisierten Arbeiterschaft entwaffnet worden.

Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Bremen: Bei den Straßenkämpfen in Hamburg hat sich am 22. erhöht. Es schwelt aber noch eine Anzahl Verletzter im Lebensgefahr, so dass sich die Zahl der Toten erhöhen dürfte.

Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Bremen: Hier kam es zu schweren Unruhen gelegentlich eines Transportstreikes, der zur Unterdrückung der Unruhen in Hamburg abgehen sollte. Am Bahnhof hatte sich eine grosse Menschenmenge gesammelt, die die Truppen angriff, sie entwaffnete und die Gewehre zerstörte, so dass der Antransport unterblieb. Es passte sich, dass Bremen abgesandt die Sache in die Wege leitete. Ein Versuch, die Truppen auf erneutem Befehl von einer benachbarten Station aus zu verladen, mißlang, weil die Bahn den Transport verweigerte. In Bremen kamen ähnliche Unruhen vor.

Ausschreitungen in Schleswig-Holstein.

Aus Schleswig-Holstein wird gemeldet: Zu schweren Ausschreitungen kam es in Meldorf gegen den dortigen Landrat. Eine nach Hundertenzählende Volksmenge drang in die Wohnung des Landrats ein, besetzte ihn seiner Sache und misshandelte ihn. Ebenso wurden einige Bürger, die dem Landrat zu Hilfe eilen wollten, schwer misshandelt. Gleichzeitig wurde der Landrat gewungen, mit dem Abzug von Meldorf abzureisen. Der Landrat folgte diesem Berlangen, um noch schwerere Ausschreitungen der Menge zu verhindern.

Da sich die Lage infolge der Gefahr terroristischer und sabotägischer Gefahr verschärft, wurde über Breslau der verstärkte Belagerungszustand verkündet. Der Hauptbahnhof ist nach Kampf von den Be-



Konteradmiral von Reuter,
Kommandant der deutschen Flotte
in der Scapa-Bucht.

